

**47. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen  
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem  
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer  
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

## **Beschluss**

### **TOP 1.5 Ostdeutschland als Raum der Zukunft - Chancen von Digitalisierung und KI für die Menschen in Ostdeutschland nutzen**

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder verfolgen das Ziel, Ostdeutschland als Raum für Innovationen und zukunftssträchtige Wirtschaftsentwicklung zu positionieren und zu stärken. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist. Technische Möglichkeiten erleichtern generell den Zugang zu Arbeit, Bildung, Versorgung und Organisation des Alltags sowie zum freiwilligen Engagement im Gemeinwesen – in Krisenzeiten sind sie eine akute Notwendigkeit.
2. Die Stärkung Ostdeutschlands als Industriestandort sollte auch im Hinblick auf die disruptiven wirtschaftlichen Veränderungen im Rahmen der Digitalisierung diskutiert werden. Ostdeutschland ist prädestiniert als Standort für die Industrie und Wirtschaft 4.0. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern über mögliche Strukturhilfen für den Kohleausstieg hinaus von der Bundesregierung, eine flächendeckende Initiative für die Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Standortes Ostdeutschland aufzubauen.
3. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen, dass die Bundesregierung über die Agentur für Sprunginnovationen von Leipzig aus zukunftsgerichtete Forschungsideen fördern wird. In den ostdeutschen Ländern ist bereits vielfältiges Potential vorhanden. Zwickau sowie die

**47. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen  
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem  
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer  
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg werden eine zentrale Rolle beim strategischen Wechsel hin zur E-Mobilität spielen. Hierzu soll auch das „Bauhaus.Mobility.Lab“ beitragen. Ziel dieses Reallabors in Erfurt ist die Entwicklung einer offenen, IT-basierten Plattform für innovative Mobilitäts-, Logistik- und Energieanwendungen. Vom Potsdamer Hasso-Plattner-Institut wird mit weiteren Konsortialpartnern der „KI-Campus“ als maßgebliche digitale Lernplattform für künstliche Intelligenz aufgebaut. Mit dem Digital Ocean Lab entsteht in Rostock ein international einzigartiges Testfeld für Innovationen zur digitalen Unterwassertechnik. Magdeburg etabliert sich als ein führender Standort für Digital Engineering und Industrie 4.0. Auch die Entwicklung der Siemensstadt 2.0 in Berlin verdeutlicht das Potential für die weitere Entwicklung Ostdeutschlands zum Innovationsraum.

4. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstützen die Anstrengungen der Bundesregierung zum Aufbau einer sicheren und vertrauenswürdigen Dateninfrastruktur für Europa im Kontext des Projektes GAIA-X. Sie bitten die Bundesregierung, die Länder in die Aktivitäten – auch konzeptionell – mit einzubeziehen, diese zu koordinieren und sich auch für den Aufbau von Serverstandorten in Ostdeutschland einzusetzen.
5. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder erkennen die Künstliche Intelligenz (KI) als eine Schlüsseltechnologie der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, digitalen und sozialen Entwicklung an. Sie werden die Bundesregierung bei dem Vorhaben unterstützen, dass Ostdeutschland im Bereich der KI eine führende Rolle übernehmen und international stärker sichtbar werden soll. Die ostdeutschen Länder fordern den Bund daher auf, die zur Verfügung stehenden Mittel massiv aufzustocken, um den Anschluss im weltweiten Wettbewerb sicherzustellen und bei der Ausgestaltung der Initiativen und Förderprogramme den profilschärfenden Besonderheiten der ostdeutschen Länder ausreichend Rechnung zu tragen.

**47. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen  
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem  
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer  
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

6. Aufgrund der raschen technologischen Entwicklungen entstehen neue Dynamiken. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen die Schaffung der Zukunftszentren Ost, um Veränderungsprozesse auf der regionalen und lokalen Ebene zu gestalten. Sie fordern von der Bundesregierung weitere Ansiedlungen von KI-Institutionen, um Ostdeutschland als Forschungsstandort für KI zu stärken. Insbesondere bei den Alexander von Humboldt-Professuren soll eine regional ausgewogene Verteilung sichergestellt und die ostdeutschen Länder angemessen berücksichtigt werden.
7. Durch KI können neue Chancen für ländliche Räume entstehen, u.a. durch dezentrale Produktionsstätten, mobiles Arbeiten fernab der städtischen Zentren und Aufbau von intelligenten Verkehrssystemen. Dies erfordert jedoch eine stabile und leistungsfähige digitale Infrastruktur als wichtigen Standortfaktor. Die ostdeutschen Länder fordern vor diesem Hintergrund den Bund auf, die Anstrengungen bei Mobilfunk- und Breitbandausbau mit dem Ziel der Errichtung eines flächendeckenden 5G-Mobilfunknetzes massiv zu intensivieren und somit den ländlichen Raum für aufstrebende Anwendungsfelder der KI zu erschließen.
8. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen, dass gerade in den ostdeutschen Ländern wegweisende Ansätze zur Digitalisierung und KI in der Arbeitswelt erforscht werden. Dabei werden neue Chancen und Herausforderungen in allen Arbeitsbereichen und im Alltag entstehen. Die ostdeutschen Länder werden gemeinsam mit der Bundesregierung daran arbeiten, dass gerade die Menschen in Ostdeutschland durch umfangreiche Initiativen und Maßnahmen für den konstruktiven Umgang mit Digitalisierung und KI qualifiziert werden. Ziel muss sein, dass die Arbeit verbessert, menschliche Fähigkeiten unterstützt und der Strukturwandel vor Ort konstruktiv begleitet wird.

**47. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen  
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem  
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer  
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

9. Gleichzeitig entsteht Bedarf nach einem Sozialstaat 2.0, um die durch Digitalisierung und Automatisierung erfolgenden gesellschaftlich-technischen Umbrüche der Arbeitswelt zu begleiten und die Auswirkungen sozial gerecht abzufedern. Für die Bedeutung der sozialen Einbettung von Umbrüchen stehen die Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland glaubhaft Modell. Die ostdeutschen Länder wollen der Digitalisierung und KI zu einem wirtschaftlichen, aber auch sozialen Erfolg verhelfen.
  
10. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen in der Digitalisierung eine große Herausforderung für gemeinnützige Organisationen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. In der Krise zeigt sich, dass viele gemeinnützige Organisationen einen großen Bedarf im Bereich der Beratung, des Knowhow-Transfers, der Entwicklung neuer digitaler Lösungen und ihrer technischen Implementierung haben. Für viele gemeinnützige Organisationen geht es jetzt darum, die Arbeit und das Ehrenamt von der persönlichen Begegnung auf digitale Formate umzustellen. Diese notwendige Digitalisierungsoffensive in der Zivilgesellschaft benötigt staatliche Unterstützung. Eine zügige Arbeitsaufnahme der von der Bundesregierung beschlossenen Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit konkreten Maßnahmen und einer gezielten Förderung von Strukturen der Engagement- und Demokratieförderung sollte hierfür ein erster Schritt sein. Zudem fordern sie die Bundesregierung auf, innovative Anwendungen zu fördern, welche die Selbstbestimmung sowie soziale und kulturelle Teilhabe unterstützen.
  
11. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind sich den Herausforderungen des demographischen Wandels – insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege – bewusst. Sie fordern die Bundesregierung auf, Lösungsansätze von KI in diesen Bereichen zu erforschen. Sie wollen gemeinsam mit der Bundesregierung daran arbeiten, dass vorhandene Ängste und Skepsis in der Bevölkerung aufgenommen und beantwortet werden.

**47. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen  
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem  
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer  
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

12. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind sich der ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit KI bewusst. Sie bitten die Bundesregierung, den Prozess zur Erstellung von ethischen Leitlinien für KI zu forcieren und voranzutreiben. Dabei bedarf es einer breiten öffentlichen Diskussion, um die Akzeptanz solcher Leitlinien in der Bevölkerung zu erreichen.
13. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für einen konstruktiven und fortlaufenden Dialog über die verschiedenen Anwendungsfelder der KI unter Beteiligung aller relevanten Akteure einschließlich der Sozialpartner zu schaffen. KI muss stets menschenzentriert, verantwortungsvoll, ökologisch und gemeinwohlorientiert eingesetzt werden. Mit Blick auf sensible und personenbezogene Daten ist datenschutzrechtlichen Aspekten angemessen Rechnung zu tragen. Hierfür ist ein möglichst EU-weiter, einheitlicher Rechtsrahmen anzustreben.
14. Die ostdeutschen Länder befürworten die gemeinsame langfristige Absicherung erfolgreicher Strukturen. Auch die Notwendigkeit attraktiver Bedingungen am Wissenschaftsstandort Deutschland für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland soll dabei in den Blick genommen werden. Die ostdeutschen Länder unterstützen die Forderung, im Sinne einer Verzahnung der KI-Strategien von Bund und Ländern, in 2020 einen Prozess zur gemeinsamen strukturellen Absicherung von Einrichtungen in der KI-Forschung zu initiieren. Dabei soll auch die Notwendigkeit international kompetitiver Rahmenbedingungen für Beschäftigte in gemeinsam getragenen, erfolgreichen Einrichtungen in der KI-Forschung am Wissenschaftsstandort Deutschland in den Blick genommen werden.